



Konrad  
-Adenauer-  
Stiftung



Europabüro · European Office · Bureau Européen

---

## **Plan D zur Kommunikationsstrategie der EU – Nicht mehr als Selbstverständlichkeiten**

**Madeleine von Mohl**

**November 2005**

---

Konrad-Adenauer-Stiftung, Europabüro, Avenue de l'Yser 11, B-1040 Bruxelles

 +32-2-743.07.43

 +32-2-743.07.49

 [sekretariat@eukas.be](mailto:sekretariat@eukas.be)

 <http://www.kas.de>

## 1. EINLEITUNG

Nach den gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden sucht die EU den Dialog mit ihren Bürgern. Obwohl Kommentatoren vor einem möglichen „Non“ gewarnt hatten, hatte weder die Kommission noch der luxemburgische Ratsvorsitz einen „Plan B“ parat. Auf dem im Juni stattfindenden Gipfeltreffen verordnete sich die EU-Spitze eine „Reflexionsphase“; es sollte eine breite Debatte über die EU innerhalb der Bevölkerung angeregt werden. Vor diesem Hintergrund brachte Margot Wallström, die Vizepräsidentin der Kommission, zuständig für institutionelle Fragen und Kommunikation, die Idee eines „Plan D“ ins Spiel. Ziel des am 13.10.2005 veröffentlichten Plans ist es, die Kommunikation zwischen der Union und ihren Bürgern zu verbessern und ihnen europäische Entscheidungen und Reformen auf eine verständliche Weise näher zu bringen

## 2. HINTERGRUND

Plan D fügt sich ein in den „Aktionsplan für Kommunikation über Europa“<sup>1</sup>, mit dessen Hilfe die Art und Weise, in der die Kommission den Bürgern ihre Tätigkeit darstellt, verbessert werden soll. Das Hauptziel dieses Aktionsplans ist eine wirksamere Europa-Kommunikation, die innerhalb der Kommission von einem modernen, professionellen und dienststellenübergreifenden Konzept getragen wird. Die Kommission muss zunächst für Ordnung in ihrem Haus sorgen: durch eine effizientere Organisation und eine bessere Verwendung der Human- und Finanzressourcen sowie der Kommunikationsmittel und – dienste.

### 2.1 AKTIONSPLAN

Der Aktionsplan ist in drei strategische Grundsätze unterteilt:

**Zuhören:** Die Europäische Union soll die EU-Bürger nicht nur informieren, sondern ihnen auch zuhören. Dabei soll die politische Meinung der Bürger die EU-Politik maßgeblich mitgestalten.

**Kommunizieren:** Die politischen Maßnahmen der Europäischen Union sollen dem EU-Bürger auf eine einfach verständliche Art näher gebracht werden. Dabei sollen besonders die Auswirkungen dieser auf den Alltag deutlich gemacht werden.

---

<sup>1</sup> Aktionsplan für eine bessere Kommunikationsarbeit der Kommission zu Europa SEK(2005)985-20/07/2005

### **Zuwendung zu den Bürgern durch verstärkte Kommunikation auf lokaler**

**Ebene:** Bei der Übermittlung von Inhalten ist auf regionale, lokale, nationale und demografische Gegebenheiten zu achten. Die Inhalte müssen den EU-Bürgern auf ihren üblichen Kommunikationswegen näher gebracht werden, außerdem ist auf eine einfache und verständliche Ausdrucksweise zu achten.<sup>2</sup>

Insgesamt sollen 50 Maßnahmen die Durchführung der drei strategischen Grundsätze verwirklichen, 18 davon noch in diesem Jahr, 15 in der ersten Hälfte 2006, acht in der zweiten Hälfte 2006 und neun zwischen 2007 und 2009.

Dazu gehören:

- Konzentration der Kommunikationsmaßnahmen und –ressourcen auf Prioritäten, um eine optimale Wirkung der Maßnahmen zu gewährleisten.
- Koordinierung der Kommunikationsaktivitäten innerhalb der Kommission, um die Anstrengungen zu bündeln und die vorhandenen Kommunikationsmittel effizienter zu verwenden.
- Verbesserung der Möglichkeiten der Kommission, mit Hilfe der Vertretungen in den EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der nationalen Debatten über EU-Themen zu informieren.
- Verwendung der Kommunikationsmittel, welche die Menschen bevorzugen, und der Sprache, die sie verstehen, d.h. audiovisuelle und Internetdienste.
- Professionellere Kommunikationsarbeit in der Kommission durch spezifische Schulungen und die Einstellung von Kommunikationsfachleuten.
- Ausarbeitung einfach formulierter Zusammenfassungen zu den wichtigsten Kommissionsverschlügen, in denen die spürbaren Vorteile der politischen Maßnahmen der EU für die Bürger beschrieben werden.

Besonders betont wird die Rolle der einzelnen **Kommissionsmitglieder**, da sie die Kommission nach außen hin repräsentieren. „Die Bediensteten der Kommission sind ihre wichtigsten *Botschafter*. Sie stellen die politischen Maßnahmen der EU der Öffentlichkeit vor und rücken sie in den *richtigen Kontext*.“<sup>3</sup> Dadurch werden sie zu den wirkungsvollsten Kommunikatoren der Kommission. Die Kommissionsmitglieder sollen nicht nur über ihre Fachgebiete informieren, sondern auch über aktuelle Themen berichten.

---

<sup>2</sup> Mitteilung der Kommission: Aktionsplan für eine bessere Kommunikationsarbeit der Kommission zu Europa, S. 4; [http://europa.eu.int/comm/dgs/press\\_communication/pdf/communication\\_com\\_de.pdf](http://europa.eu.int/comm/dgs/press_communication/pdf/communication_com_de.pdf)

<sup>3</sup> Aktionsplan, Punkt 2.4

Die 50 Maßnahmen des Plans zielen auf eine Verbesserung der Fähigkeiten der Kommissionsdienststellen, die europäische Politik zu vermitteln. Der Erfolg zahlreicher Maßnahmen ist in entscheidender Weise davon abhängig, dass ausreichende Finanz- und Humanressourcen für ihre Durchführung bereitgestellt werden.

## **2.2 WEIßBUCH**

Als zweiter Schritt wird Ende 2005 das angekündigte **Weißbuch** zur Kommunikationsstrategie und Demokratie in der Europäischen Union vorgelegt werden. „Dieses **Weißbuch** soll Überlegungen darüber auslösen, wie die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament und den anderen Organen und Einrichtungen aussehen könnte.“ Es wird Wege zur Entwicklung einer „Sphäre der europäischen Öffentlichkeit“ aufzeigen, bei der insbesondere die audiovisuellen Medien eine große Rolle spielen. Darüber hinaus wird die Rolle der Zivilgesellschaft und ihr aktiver Beitrag zum europäischen Dialog und zur europäischen Diskussion beleuchtet werden.“

## **3. UMSETZUNG DES PLAN D**

Am 13. Oktober 2005 startete die Kommission ihren „Plan D“. Vizepräsidentin Wallström kommentierte dessen Lancierung wie folgt: „Bei Plan D geht es um Diskussion, Dialog und aufmerksames Zuhören.“ Plan D soll politische Ideen nach sich ziehen, die den Wandel bewirken. Angesichts der Herausforderungen, vor die uns die Globalisierung stellt, wollen die Menschen wissen, wie es um die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze und ihrer Renten, das Problem der Migration und die Aufrechterhaltung ihres Lebensstandards bestellt ist. Europa muss sich erneuern, damit es selbst Teil der Lösung des Problems wird. Ziel des „Plan D“, ist es, die Union demokratischer zu machen, eine breite öffentliche Debatte anzustoßen und einen neuen Konsens über die künftige Marschroute der Union herbeizuführen. Jetzt müssen die Mitgliedstaaten, die Gelegenheit ergreifen und die Debatte anstoßen und als Motor für den Wandel in Europa fungieren.<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> IP/05/1272

### **3.1 INHALT**

#### **KERNPUNKTE:**

- Start von Debatten in den 25 Mitgliedsländern der EU
- Dreizehn zentrale Initiativen zur Förderung des Dialogs mit den BürgerInnen
- Feedback über die nationalen Debatten

Ziel des Plans ist die Wiederherstellung des Vertrauens der Öffentlichkeit in die Europäische Union. „Die Bürger müssen erkennen, dass Europa einen Zusatznutzen bietet, und sie die Möglichkeit haben, Entscheidungen zu beeinflussen.“<sup>5</sup>

Die Kommission betont, dass sich die Diskussion nicht nur auf die politischen Führer und die üblichen Beteiligten beschränken darf. An diesen Diskussionen müssen „die Zivilgesellschaft, die Sozialpartner, die nationalen Parlamente und die politischen Parteien“<sup>6</sup> beteiligt werden.

Plan D ist nicht auf die Zeit der Reflexion beschränkt, sondern muss für die Kommission auf Dauer gelten. Die gegenwärtige Krise kann nur überwunden werden, wenn ein neuer Konsens, im Hinblick auf das europäische Einigungswerk gefunden wird, der sich auf die Erwartungen der Bürger stützt.

Es geht darum den Bürgern zuzuhören, damit ihre Belange wahrgenommen werden.

### **3.2 UNTERSTÜTZUNG DER DISKUSSIONEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN**

Plan D sieht „den Aufruf zu einer Zeit der Reflexion“<sup>7</sup> als Hauptaufgabe der Mitgliedstaaten. Die Kommission verpflichtet sich, die Mitgliedstaaten bei der Veranstaltung von Diskussionen auf nationaler Ebene zu unterstützen, diese Aufgabe jedoch nicht selbst zu übernehmen: „Bei diesen Veranstaltungen sollte das ganze politische Meinungsspektrum abgedeckt werden.“<sup>8</sup>

Die Organisation und Förderung der Diskussionen sollten hierbei die nationalen, regionalen und kommunalen Parlamente übernehmen.

Zu den 13 Initiativen zur Veranstaltung und Anregung von Debatten auf nationaler Ebene gehören unter anderem:

---

<sup>5</sup> PLAN D, S.3

<sup>6</sup> PLAN D, S.4

<sup>7</sup> PLAN D, S.4

<sup>8</sup> PLAN D, S.4

- Regelmäßige **Besuche** des Kommissionspräsidenten und der Vizepräsidentin in den Mitgliedstaaten, in Begleitung des Kommissars des jeweiligen Landes oder gegebenenfalls anderer Kommissare
- ein **europäischer Runder Tisch für Demokratie**, der sich aus NGOs und Vertretern der Zivilgesellschaft zusammensetzt, die sich mit der „genauen Beschaffenheit der ‚demokratischen Infrastruktur‘, die europaweit etabliert werden soll, befassen sollen“.
- Entsendung sogenannter **„Goodwill-Botschafter“** zu regionalen Veranstaltung und Ereignissen
- eine stärkere Einbeziehung der Bürger in EU-Entscheidungsprozesse, indem sich die Kommission verpflichtet, sich mit einem bestimmten politischen Anliegen zu befassen, wenn sie hierzu von einer Million Bürgern aus einer erheblichen Anzahl Mitgliedstaaten aufgefordert wird [**Europäisches Bürgerbegehren**].
- ein **europäischer Bürgerausschuss**, der sich mit spezifischen Bereichen befassen soll und dessen Arbeit in die **politischen Empfehlungen eines weiteren europäischen Gremiums** einfließen kann.
- eine **höhere Wahlbeteiligung** bei Europawahlen und Referenden zu erreichen
- Kommissare sollten politische Entwicklungen vor **nationalen Parlamenten** erörtern
- eine **spezifische Eurobarometer-Umfrage** zur Zukunft Europas
- Einsatz hochmoderner **Internet-Technologien** zur Förderung von Debatten

Darüber hinaus soll es einen „Feedback-Prozess“ geben. So sollen die nationalen Debatten im April 2006 bewertet werden. Außerdem plant die Kommission für den 9. Mai 2006 eine Konferenz über die Zukunft Europas. Bis Ende der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft (Juni 2006) soll eine Roadmap über diese Debatten ausgearbeitet und vorgestellt werden. Für Anfang 2007 ist eine zweite Feedback Phase angedacht.

### **3.3 FINANZIERUNG**

Anfang 2005 wurden im Rahmen der Haushaltslinie PRINCE – Debatte über die Zukunft Europas 9 Millionen Euro bereit gestellt. Alle Mitgliedsstaaten haben eine finanzielle Unterstützung erhalten. 6 Millionen Euro wurden bereits während des Ratifizierungsprozesses zur Verfügung gestellt. Die übrigen 3 Millionen Euro sollen nach Angaben der Kommission zur Unterstützung von Initiativen der Mitgliedstaaten und der Bürgergesellschaft eingesetzt werden.

Da das nicht genug sein wird unterstützt die Kommission die Absicht des Europäischen Parlaments, im Rahmen der Haushaltslinie PRINCE für 2006 weitere 6 Millionen Euro bereit zu stellen.

### **3.4 WEBBLOG**

Auf ihrer Homepage setzt Margot Wallström den Plan D auf eine ganz eigene Art und Weise um. Sie kommuniziert mit Hilfe eines Weblogs mit Bürgern aus den unterschiedlichsten Ländern über die EU. In ihrem Weblog kann sich jeder zu Wort melden. Die Einträge von Chattern aus ganz Europa demonstrieren, dass die Europäische Union in den 25 Mitgliedstaaten bisher mitnichten nur als demokratisch wahrgenommen wird. „Sie repräsentieren einen elitischen und korrupten Haufen“ schreibt einer, ein anderer Besucher des Weblog bezeichnet die EU als ein „ungewähltes Politbüro“.

Am 19. Oktober 2005 antwortet Wallström mit den folgenden Worten: „Ich habe bereits gesagt, dass die EU kein Projekt der Elite bleiben darf. Ich wünsche mir, dass Politiker aller Couleur Europa diskutieren. Leider existieren diese Diskussionen noch zu wenig, da Politiker noch zu beschäftigt sind mit nationalen Themen. Aber ich bin sehr erfreut darüber, dass England und die Niederlande vor kurzem Fernsehsendungen zum Thema Europa gesendet haben. Neutrale Programme, ohne feste Agenda. Davon möchte ich mehr sehen.“ Ein kleiner Anfang.

## **4. BEURTEILUNG**

Wallström betonte bei der Vorstellung des „Plan D“ am 13. Oktober 2005, dass er nicht als eine „Rettungsoperation für die Verfassung“, sondern als Ausgangspunkt für eine „breitere Debatte über das Verhältnis zwischen den demokratischen Institutionen der EU und den Bürgern“ dienen soll. Diese „Aufgabe muss über die gesamte Amtszeit der Kommission und über sie hinaus verfolgt werden“. Weiterhin

äußerte die Vizepräsidentin Zweifel daran, wie „realistisch“ Pläne im Europäischen Parlament zur Rettung des Vertragswerks und Wiederaufnahme von Diskussionen über dessen Inhalt seien. „Plan D“ ist Ausdruck ehrgeiziger Zielsetzungen und wie auch im Fall von Lissabon vom Mitwirken und dem politischen Willen der Mitgliedstaaten abhängig. Voraussetzung für das Gelingen ist letztlich die Unterstützung der politischen Eliten der Mitgliedstaaten. Sollten die Mitgliedstaaten die ihnen zugeteilte Rolle auch diesmal nicht wahrnehmen, läuft die Kommission Gefahr, wieder einmal die Schuld für das Versagen nationaler Politiker in die Schuhe geschoben zu bekommen. Es erscheint fraglich, ob die Regierungen aller Mitgliedsstaaten wirklich Debatten ins Leben rufen werden. Dem Konvent zur Zukunft Europas war dies zumindest nicht gelungen. Im „Plan D“ wird das „Irish National Forum on Europe“ als Vorreitermodell genannt.

Große Teile des „Plan D“ klingen wie das kleine „Einmaleins“ der Öffentlichkeitsarbeit: „Der europäische Bürger hat ein Recht auf effiziente, transparente und dienstleistungsorientierte öffentlich Institutionen“, „Europäische Transparenzinitiative“, „Der britische Ratsvorsitz prüft gegenwärtig eine Reihe von Möglichkeiten, um die Ratsverfahren transparenter zu machen.“ Andere Vorschläge sind vage formuliert und bedürfen der Klarstellung. Welche Rolle wird der „Runde Tisch für Demokratie“ spielen? Wie sieht die Verfügbarkeit der Kommissionsmitglieder für die nationalen Parlamente konkret aus? In welchem Verhältnis wird der Bürgerausschuss zu den Konsultationen mit den „institutionellen“ Stakeholdern, zur Rolle des Europäischen Parlaments und/oder zum Wirtschafts- und Sozialausschuss stehen?

Plan D bezieht die einzelnen Parteien des Europäischen Parlaments nicht in die Diskussion mit ein. Auch auf die Meinung einiger EU Akteure, dass die fehlende Stärke der Spitze von Kommission und Rat die Ursache für die momentanen Image Probleme der EU sein könnten, wird im Plan nicht eingegangen.